

Saale-Zeitung.

Wannumbiergäßches Zebergang.

Anzeigen
werben die 6 getragene Kolonialwaren...
11 Uhr in der Samstagsnummer...
Schrifttum und Druck: Verlagsanstalt...
Verlags-Druckerei: Markt 14

Nr. 564.

Halle, Donnerstag, den 2. Dezember

1915.

Conninos Rede in der italienischen Kammer.

4000 Serben südlich Mitrovitza gefangen.

WTB. Rom, 2. Dez. Der Minister des Auswärtigen Connino gab folgende Erklärung ab: Am 23. Mai hat die Regierung nach dem Beschluß des Parlaments und den feierlichen Kundgebungen des Volkes im Namen des Königs den Krieg an Österreich-Ungarn erklärt. Die Gründe, die uns bewegen haben, diese Maßnahme zu ergreifen, gehen klar aus dem Grünbuche hervor, das einige Tage zuvor dem Parlament vorgelegt worden war, aus anderen in der Folge veröffentlichten Dokumenten und aus den während dieser Monate von dem Ministerpräsidenten und einigen seiner Kollegen gehaltenen Reden. Infolge der Lage, die sich ergeben hatte, ebenjowohl durch die Verletzung der wichtigsten Punkte des Friedensvertrages durch Österreich-Ungarn und seinen nachdrücklichen Angriff gegen Serbien als durch das Scheitern der Verhandlungen, die wir, geleitet von dem Wunsch, dem Lande das Unglück eines Krieges zu ersparen, von Dezember bis Mai mit ihm angeknüpft hatten, er schien es uns dringend geboten und notwendig, zur Verteidigung unserer vitalen Interessen, zur Verteidigung unserer Freiheit und Unabhängigkeit und zur Verwirklichung unserer fundamentalsten nationalen Aspirationen an die Waffen zu appellieren.

Am 20. Juni erklärten wir den Krieg an die Türkei. Die Verletzungen des Vertrages von Lausanne sind bekannt, die von der türkischen Regierung am Tage nach der Unterzeichnung gegen diesen Vertrag begangen wurden. Die von der Türkei im Jahre 1911 verübten Verbrechen, die die beständige Entsendung von Offizieren und Mannschaften zu unseren Kolonien, ihre Verweigerung, die Gefangenen zurückzugeben, die der Abreise unserer Konsulatsbeamten in dem Weg gelegten unzulässigen Hindernisse, die Gewalttätigkeiten gegen die Italiener, die in ihre Heimat zurückkehren wollten, die Verhandlungen, die geduldig bis zu der durch unsere Würde gebotenen Grenze geführt wurden: Dies sind die Umstände, die nunmehr wohlbeant sind und die (zusätzlich mit unserem Wunsch, in vollkommener Uebereinstimmung der Ziele mit unseren Alliierten auf der Balkanhalbinsel und dem Orient vorzugehen) uns bewegen, der Türkei den Krieg zu erklären. Keinen Verlust auf dem Balkan seine traditionelle Politik, die es während mehreren Jahrhunderten getrieben hat und die besteht war, von dem Nationalitätsprinzip und der Unabhängigkeit der Balkanvölker.

Man hat im feindlichen Lager den furchtbaren Druck der italienischen Armee verspürt, die sich zur Eroberung der natürlichen Grenzen Italiens anschickte. Die Wirkung unseres militärischen Bestandes hat sich aufs klarste erwiesen, als im letzten September Österreich-Ungarn gewungen war, eiligst beträchtliche Truppenkörper von Galizien nach den Alpen zu führen, was die siegreiche Gegenoffensive Russlands in jenem Abschnitt ermöglichte.

Das gemeinsame Bestreben hat uns von der Notwendigkeit überzeugt, Zugang abzulegen von der Solidarität durch das Mittel einer gemeinsamen Erklärung der fünf Mächte durch die das zwischen Frankreich, Großbritannien und Rußland am 5. September 1914 getroffene Abkommen, dem sich Japan angeschlossen hatte, erneuert wurde. Unsere formale Beitrittsklärung ist schließlich in London erfolgt.

Die Lage bezüglich Griechenland hat sich glücklicherweise sehr bald durch einen Notenausgleich gelöst. Nunmehr sind Argonien und Mazedonien verbunden, und die Alliierten werden mit dem griechischen Königreiche wieder die besten Beziehungen aufnehmen, so daß es leicht sein wird, die einzelnen, die Unversöhnlichkeit und Bewegungsfreiheit der Alliierten betreffend Fragen befriedigend zu lösen, sowohl was Saloniki, als auch was die Zugangsstraßen und die Sicherheit der Seewege zur Versorgung anlangt.

Eine politische und wirtschaftliche Aufspaltung von Serbien durch Österreich-Ungarn würde für Italien eine schwere und ständige Gefahr bedeuten und gleichzeitig unserer wirtschaftlichen Ausdehnung auf der jenseitigen Küste des Adriatischen Meeres eine unüberwindliche Barriere errichten. Des, als wollen wir im Einverständnis mit unseren Alliierten als unumgänglich notwendiges Ziel die Wiederherstellung des serbischen Volkes in seiner vollen Unabhängigkeit. (Die Abgeordneten erheben sich und hochrufen auf Serbien.) Albanien stellt jetzt wie in der Vergangenheit ein Interesse ersten Ranges für uns dar insofern, als sein mit der Gestaltung der Verhältnisse im Adriatischen Meere eng verbundenes Schicksal sowie die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des albanischen Volkes für Italien von der größten Bedeutung ist.

Die friedliche Aufstellung Mazedoniens an Bulgarien durch den Vertrag der Balkanstaaten von 1912 (mit großen Zustimmung), die Serbien erhielt) bildete die Grundlage des politischen Abkommens, das von dem Wiederband in die Wege geleitet worden war. Die Gefühle des Hasses und der Rache, die als Folge des zweiten Balkankrieges zurückgelassen worden waren, bildeten für unsere Feinde naturgemäß wirksame Handhaben für eine Aktion, über die der Biederband für den Zweck, den er im Auge hatte, nicht verfügte. Andererseits konnte die diplomatische Tätigkeit sehr wenig tun gegenüber dem Bestreben, der sich in der öffentlichen Meinung und bei der Regierung Bulgariens infolge der militärischen Ereignisse gebildet hat. Die Regierenden in Bulgarien waren einzig von dem Ge-

Amthcher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 2. Dez.

Balkan-Kriegshauptplatz.

Westlich des im Süden Vojvatina, Nemsej und Jabuka besetzt. Südwestlich von Mitrovitza wurden 4000 Gefangene und zwei Geschütze eingebracht.

Ostlicher Kriegshauptplatz.

Die Lage ist unverändert. Die Schilderung des russischen Tagesberichtes vom 29. November über Kämpfe bei Jizut-Kastimirschi ist jetzt zu Ende.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer wurden vorgehende schwache Abteilungen der Russen von den Vorposten abgewiesen.

Westlicher Kriegshauptplatz.

Außer Artillerie- und Minenkämpfen an verschiedenen Stellen der Front keine besonderen Ereignisse.

Nordwestlich von St. Kuentin fiel ein wegen Motorfahrzeugen niedergebengener Doppeldecker mit zwei englischen Offizieren in unsere Hand.

Oberste Heeresleitung.

danken einer unmittelbaren Widervergehung befehligt und verloren die größten und wichtigsten Gesichtspunkte der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Völker aus den Augen. Bulgarien verweigerte die vorteilhaften Angebote des Biederbandes und lehnte seine Waffen gegen Serbien, als es sah, daß dieses tapfer kleine Volk von den vereinten Armeen der beiden Mittelmächte nach großen kriegerischen Vorbereitungen angegriffen wurde. Unter diesen Umständen war der Weg für Italien klar vorgezeichnet. Wir erklärten Bulgarien den Krieg zugleich mit unseren Verbündeten, mit denen wir auch in den Ausgleichsverhandlungen einmütig vorgegangen waren. So bewährte sich in der Entwicklung der Ereignisse die volle und herzliche Gemeinwirtschaft der Alliierten.

Die strategische Verteidigung des Adriatischen Meeres bildet einen anderen historischen Punkt in unserer vaterländischen Aktion. Für Italien ist die Schaffung einer Lage am Adriatischen Meere, welche die ungünstige Lage unserer Küste wettmacht, eine Lebensnotwendigkeit.

Connino entbot schließlich den Alliierten Glückwünsche zur Erreichung ihrer Ziele und eines dauernden Friedens.

Die Sitzung wurde kurz vor 6 Uhr geschlossen. Die Diskussion über die Regierungserklärung wird am Donnerstag beginnen. Man erwartet, daß die Kammer mit einem Vertrauensvotum für das Kabinett am Sonnabend schließen wird.

Der Geist der Aufrichtigkeit, der die Politik des Kabinetts Salandra-Connino kennzeichnet, spricht auch aus dieser Rede. Wir können ganz davon absehen, daß schon das italienische Grünbuch durch Unterfertigung wichtiger Dokumente bekräftigt war, die öffentliche Meinung in Italien hierzu führen ja daß die Herren Salandra und Connino nicht davon zurücktreten, direkte Forderungen zu stellen, wie ihnen von ihrer feindlichen Seite nachgewiesen wurde; auch in dieser Rede vertritt Connino ja, im Vertrauen auf das schlichte Gedächtnis des italienischen Volkes, die Tatsachen unmissverständlich und so das Parlament irreführen. Es wird der italienischen Diplomatie allerdings durch noch so häufige Wiederholung ihrer Behauptungen nicht gelingen, den Treubruch Italiens mit einer Verlesung des Friedensvertrages durch Österreich-Ungarn zu rechtfertigen, da weder dem Vorklaute noch dem Sinne nach eine Verlesung dieses Vertrages von Österreich-Ungarn begangen oder auch nur beabsichtigt ist. Das Telegramm des Königs von Italien nach Wien ist ein Ausdruck, in dem er von der Neutralität Italiens im Sinn und Geist des Friedensvertrages sprach, San Giulianos Erklärung dem deutschen Botschafter gegenüber sind authentische Dokumente dafür, daß Italiens leitende Männer in Österreich-Ungarns Verhalten bei Ausbruch des Krieges keine Verlesung des Friedensvertrages sahen.

Geradezu lächerlich ist die Behauptung, Italien habe für die Unabhängigkeit der Balkanstaaten und das Nationalitätsprinzip gekämpft. Der serbische Protest gegen Italiens Ansprüche auf die Dalmatinische Küste und auf Albanien führen Connino ad absurdum.

Was Herr Connino sonst noch zu sagen wollte, war nicht viel. Wenn die „heilige Eingetret“ der fünf Mächte über die Auslegung ihres Abkommens über einen gemeinsamen Friedensschluß nicht größer ist, als die des Biederbandes bei dem Balkanunternehmen, dann wird die Erklärung keinen Eindruck machen.

Daß Connino in seiner Rede Bulgarien beschimpfte, ehrt Bulgarien, denn ein Lob aus Conninos Mund muß jedes Volk distinktionieren. Bulgarien, das hat Connino zugeben

müssen, hat sich durch die Versprechungen des Biederbandes nicht von dem Bzge abbringen lassen, den es für recht hält. Das aber ist Connino unbegreiflich, daß andere Völker sich nicht verkaufen lassen, wie er Italien verkauft hat.

WTB. Rom, 2. Dez. (Genat.) Der Präsident verherrlichte die im Kriege Gefallenen, aus deren Blut andere Helten entstehen würden, und feierte die Armee und den König, der unter den Truppen den Platz des ersten Soldaten des Vaterlandes eingenommen habe. Die Minister und Senatoren, welche die Rede des Präsidenten stehend anhörten, klatschten lebhaft Beifall. Hierauf gab Connino dieselbe Erklärung wie in der Kammer ab, wobei er häufig durch Beifall unterbrochen wurde. Der Minister wurde von einer großen Zahl Senatoren beglückwünscht. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Die italienische Kammerkomodie.

c. B. Lugano, 2. Dez. Wie vorausgesehen war, wurde die Kammerführung durch mehrfache nationalitätliche Kundgebungen eingeleitet und begleitet. Zunächst sprach der Kammerpräsident, der den König mit patriotischen Worten feierte. Während die große Mehrheit der Kammer sich erbot, hielten die Sozialisten, aus deren Reihen die Kufe erschollen: „Hoch die Republik!“ Ihnen. Die Mehrheit protestierte mit den Worten: „Nieder mit euch Österreichern, euch Vaterlandsfeinden!“ Abhand sprach Connino, indem er zunächst die diplomatische Lage darlegte und dann mitteilte, daß auch Italien den Londoner Vertrag unterschrieben. Während der Rede begleitete seine Rede, womit die Regierung vermutlich dafür trösten wollte, daß sie dem Lande nicht einmal ein Wort als Ergebnis des Kriegsjahres darzubringen vermochte. Verschiedene Zwischenrufe und Proteste der Sozialisten wurden stets von der Mehrheit niedergeboren, die die Sozialisten durchaus nicht zu Worte kommen ließ. Die Rede Conninos wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Dennis Coghlin in Rom.

c. B. Lugano, 1. Dez. Dennis Coghlin ist am 30. November um 11 Uhr vormittags in Rom angekommen und im Grand Hotel abgeblieben. Er empfing mehrere Berichterstatter, zu denen er sich mit dem gleichen Vertrauen äußerte wie in Athen und in Messina. Er sagte, die erste Note des Biederbandes habe den Griechen nur gelangt: Die Verbündeten wollten nicht ihre eigene neutrale Stellung anders auffassen und betätigen, als es sonst der Fall wäre. Darüber sei man leicht einig geworden. Die zweite Note berührte technische Fragen der Balkan-Expedition, die nicht so schwer zu lösen seien, wie er sich bei einem Kräftigkeit mit Sarrail und dem griechischen Generalissimo General Moskopulos überzeugt hätte. Um 4 Uhr begann Dennis Coghlin sich zu Connino. Der französische Botschafter Barrère ist augenblicklich nicht in Rom. Der „Secolo“ verhöhnt den Optimismus Dennis Coghlin, der von den Hofdrufen und der Ehrenbürgerhaft in Athen beauftragt sei. Griechenland siehe den Biederband nur hin. Das gleiche lagt der „Corriere“. Griechenland habe nur erklärt, es werde in der wohlwollenden Neutralität bis an die Grenze des Möglichen gehen, soweit seine Unabhängigkeit und Sicherheit nicht gefährdet würden. Den freien Gebrauch der griechischen Eisenbahnen könne es den Biederbandstruppen nicht gestatten, da es sie zur Verpflegung der eigenen Truppen brauche. Diese Frage müsse noch genauer geprüft werden, begreifen die der freien Tätigkeit der verbündeten Mächte in den griechischen Gewässern. Ein römischer Bericht des Blattes sagt, Griechenland gebe alles im allgemeinen zu, mache aber in allen Einzelfragen Einwendungen. Die griechische Regierung stehe auf dem Standpunkt, sie könne den Truppen der Mittelmächte den Einmarsch nicht verneinen, nachdem sie ihn denen des Biederbandes zugestanden.

Die Armee Gallwitz gegen Sarrail

Budapest, 1. Dez. „H. E.“ meldet aus Lugano: Die ersten Truppen der Armee Gallwitz sind in Ustjeß eingetroffen. Ihr Vormarsch wird durch die Eisenbahn unterstützt. General Sarrail wird sich mit seinen Truppen gegen die Angriffe dieser Armee nicht halten können, sondern wird zweifellos auf griechisches Gebiet abgedrängt werden. Die zweite bulgarische Armee dringt durch das Tal von Kostivar vor.

Die verzweifelte Lage Sarrails

Schildert der Senator Berenger im „Paris de Midi“ unter dem Titel „Letzte Warnung“. Sarrail könne unmöglich er-

folgtreich überlassen, selbst er allzu schwach sei. Er müsse den Rückzug wahlen, dieser aber die furchtbare Schwierigkeiten, weil Corrales Her nur eine einzige Linie darstelle. Ohne eine zweite und dritte Verteidigungslinie seien die schwersten Verluste möglich. Die zurückweichende Armee müsse unter mächtigem Feuer stets neue Verstärkungen herbeiführen, und selbst wenn sie Saloniki erreiche, bleibe ihre Geisung sehr groß, weil die Griechen bisher die umgebenden Höhen nicht geräumt hätten, letztere auch ungenügende Befestigungen aufwiesen, so daß sie den schwereren Kanonen des Feindes nicht widerstehen könnten. Der Stützpunkt Saloniki biete nur geringe Garantien.

Die albanische Grenze von Bulgoren überschritten.
Wie aus Mailand gemeldet wird, haben die Bulgaren die albanische Grenze bereits überschritten.

Mitglieder aus Monastir berichten der „Frankf. Ztg.“ zufolge von äußerst schweren Kämpfen auf den Höhen von Monastir. Oberw. W. J. hielt noch die letzten Verteidigungswerte der Stadt und sei entflohen, es bis zum letzten Kampf kommen zu lassen. Gegen 40 serbische Reiter sind in Saloniki eingetroffen, darunter der Kammerpräsident. Die übrigen konnten die Stadt nicht mehr erreichen.

Andere albanische Verbündeten.

Das Pariser „Journal“ erzählt mittels Aepoleon via Arizans und Monastir einen Bericht des beim serbischen Heere befindlichen Reporters Barba. Danach bereiten die Albaner den Serben überall Widerstand. Sie wieseln den Bulgaren in der Gegend von Katschan in die Saumpfen, so daß diese die Serben unmöglich können. Der Reporters stellen medet gleichzeitig aus Saloniki: Die Franzosen sitzen unter der Käse. Sie seien darauf nicht vorbereitet und hofften sehnüchig auf Verstärkungen, die aber beständig ausbleiben.

Anzufriedenheit des Viererbandes über die griechische Antwort.

WTB. Paris, 2. Dez. Der „Reit. Journal“ sagt, daß die griechische Antwortnote den Alliierten nicht genüge. Es müßten von Stambul vollkommenere Erklärungen gefordert werden, da die Antwortnote rätselhaft sei.
c. B. Yugano, 2. Dez. Nach Athener Meldungen behauptet der „Corriere della Sera“, daß die griechische Antwort betriffs der Benutzung der Eisenbahn Vorbehalte macht, da sie zur Reproduktionierung Wagenlöhne unumgänglich nötig sei. Es wird die Erledigung durch eine Studentenkommision gefordert. Auch die Frage der Seepest soll einer technischen Kommission überwiesen werden, die feststellen soll, bis zu welchem Punkte dem Viererbande Konzessionen gemacht werden können, denen aber unbedingt die Interessen Griechenlands vorzuziehen sind. Das Blatt bezichtigt die Lage als ernst. Man hätte es nur mit griechischen Manövern, die dahin abzielten, Zeit zu gewinnen, zu tun.

Venizelos geht, und niemals kehrt er wieder?

c. B. Budapest, 2. Dez. „A Vilag“ meldet aus Athen: Venizelos äußerte zu seinen politischen Freunden: Bedauerlicherweise ist es der Regierung gelungen, unseren Einfluss aus dem Wege zu räumen und zu erreichen, daß die große Mehrheit des Volkes glaubt, was die Regierung verordnet. Sie hat dem Volke ersichtlich die Ueberzeugung beigebracht, daß der Viererband heute schon so gut wie verloren sei. Es ist traurig, daß das Volk diesen Gedanken gewonnen hat. Wenn man mich fragt, wie ich heute über ein Ereignis Griechenlands gegen den Viererband denke, so würde ich sagen, daß ich es heute für nicht mehr unmöglich halte. Venizelos erklärte auch noch, er werde im Lande dieser Politik nicht zusehen, sondern das Land verlassen und niemals zurückkehren.

Gereizte Stimmung in Saloniki.

Sofia, 1. Dez. Die „Kambana“ berichtet nach den Angaben eines Reisenden: In Saen von Saloniki liegen 20 große Schiffe, mit denen die Verwundeten transportiert werden. Die Anglo-Franzosen haben allem mit sich gebracht, was sie benötigen; von den Griechen bekommen sie gar nichts, laozar in Saloniki können die Truppen nichts kaufen. Es heißt ihnen nur an Zittern, die in Saloniki stehen sollen. Die Ursache ist dies der Grund, weshalb die vor zwei Wochen angegangenen 14 großtauglichen englischen Geschütze noch nicht an die Front gebracht worden sind, sondern sich immer noch in Saloniki befinden. Die Leistung ist sehr groß, trotzdem von einer Witterung noch nicht gesprochen werden kann. Bis jetzt haben eine Konflikte zwischen Griechen und Anglo-Franzosen stattgefunden, abgesehen von denjenigen zwischen Betrunkenen, die man nicht als solche rechnen kann. Der Haß der Franzosen gegen die Engländer ist sehr groß, größer noch als der der Griechen gegen die Anglo-Franzosen. In der Stadt befinden sich englische, französische und griechische Patrouillen. Alle Lokale sind bis 12 Uhr nachts geöffnet. Im Hotel findet ein Bett bis 40 Draamen. In den Gassen finden häufig Schlägereien wegen der Misse statt.

Englands Abzug aus Saloniki nach Aegypten?

c. B. Budapest, 2. Dez. „A Vilag“ läßt sich aus Saloniki mitteilen: Man möchte sich lassen darauf schließen, daß die englische Seereschiffahrt die in Saloniki gestandenen englischen Truppen einschiffen und nach Aegypten zu befördern lassen will. Nach Aussagen französischer Offiziere verbreitet sich das Gerücht, daß England auch von der Westfront große Truppenkörper abziehe. Von diesen sollen bereits drei Armeekorps schon vor zwei Tagen aus Marseille nach Aegypten befördert worden sein.

Englands „schwerer“ Entschluß.

WTB. London, 1. Dez. Der Sonderberichterstatter des Reuterschen Bureaus an den Dardanellen meldet: Ritzener besuchte während seines Aufenthaltes im Mittelmeer die Gallipolifront und sagte in einer Ansprache an die Truppen, der König würde ihre Verdienste, die alle Erwartungen übertreffen hätten.

WTB. Mailand, 1. Dez. Der Londoner Mitarbeiter des „Secolo“ fandte seinem Blatt einen ausführlichen Artikel

„Zu dem Gallipoli-Problem“. Darin heißt es, Ritzener werde bei seiner Rückkehr nach London sich in die Notwendigkeit versetzt sehen, einer der im ersten Entschluß die im Verlauf des gegenwärtigen Krieges zu sein: denn das Ministerium werde über das Schicksal des vor acht Monaten eingeleiteten Unternehmens auf Gallipoli entscheiden müssen, nämlich ob es möglich sei und ob eine weitere, beinahe übermenschliche Anstrengung versucht werden solle, um den Widerstand der Türken zu brechen, oder ob es vielmehr ratsamer wäre, die Geste und Fahren wieder einzuzupfen und das Schlachtfeld zu räumen, wobei berücksichtig werden müsse, daß von diesem leisteren Entschlusse das Prestige Englands im ganzen muelianischen Orient abhängig lie. Die Türken, die noch im März mit 30 000 oder 40 000 Mann hätten überannt werden können, hätten im Verlauf des Herbstes die Halbinsel Gallipoli in ein gemaltiges Spinnennetz von Schützengrabens verwanbelt, wodurch die anfänglich seitens der Alliierten begangenen Fehler in der Abklärung der Schwierigkeiten unheilbar und verberlich geworden seien. Der Korrespondent drückt dann die Befürchtung aus, daß die Türken gegen die Truppen der Alliierten beim Verlassen der Halbinsel die bestigsten Angriffe richten werden, so daß die Auslösung des Rückzuges überhaupt fraglich werde. Der Ministerat müsse darüber entscheiden. Die Verantwortung, daß dieser kleine Kreis von Männern gegenüber der Geschichte und der Zukunft des britischen Reiches auf sich nehme, sei eine von jenen, die ohne weiteres erstickern müßten.

Die Verteidigung des Suezkanals.

c. B. Genf, 1. Dezbr. Athener Blätter erfahren aus Alexandrien, daß die englischen Truppen die Verteidigungsarbeiten am Suezkanal beendet haben. Infolge des angelegten Ueberwachungsumsatzes können die Engländer jetzt große Gebiete unter Wasser legen, über das nur die Boote hervorkommen. Die Verrücktheit mit Lebensmitteln und Munition soll durch Kanonenboore und andere leichte Kriegsschiffe erfolgen.

Ritzeners gelehrige Schüler.

Das türkische Kriegspropagandier teilte mit: Die englischen Befehlshaber und Soldaten an der Frontfront handeln als würdige Schüler Ritzeners, des berühmtesten Schlachters von D. M. r. a. n. Die Engländer, die in Folge des Geschlechts von 29 Kanonen in unsere Gefechte, in der Umgegend von Katschan einzugangen, töteten 6 Personen, die mit dem innern Dienst im Mausoleum eines Heiligen in der Nähe Katschons beauftragt waren. Als wir nach drei Tagen die Stellungen wieder nahmen, fanden wir mit großer Empörung die verstorbenen Leichen jener Diener nicht weit von dem Mausoleum. Wir überlassen der öffentlichen Meinung Europas das Urteil über diese barbarischen Handlungen.

Uman Pajisa.

WTB. Konstantinopel, 29. Nov. (Verspätet eingetroffen). In der Kammer wurde ein Telegramm des Kommandanten der Dardanellenarmee Uman Pajisa verlesen, in dem dieser seinen Dank für die Entsendung einer Deputiertenabordnung an die Dardanellenfront ausspricht. Ein Mitglied der Abordnung rühmte die Tapferkeit der türkischen Truppen. Die Abordnung habe schiefen können, daß alle beherrschenden Punkte fest in der Hand der türkischen Armee seien. Die Versorgung mit Lebensmitteln sei so beschaffen, daß selbst die Soldaten in den äußersten Schützengraben Tee und warme Suppe erhielten. Die Abordnung habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es bald möglich sei, den Feind ins Meer zu werfen. Redner rühmte die Mühlsirene und Ritterlichkeit Uman Pajisas. Die Kammer beschloß auf seinen Antrag, an Uman Pajisa ein Danktelegramm zu senden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die italienischen Kriegsschiffe.
Basel, 1. Dez. Die Blätter melden aus Mailand: Die bisherigen Kriegsschiffe Italiens werden in einer letzten Preismitteilung mit annähernd 4 Milliarden Lire berechnet. c. M.

England kehrt sich gegen Frankreich.

WTB. Zürich, 2. Dez. Die „Reue Zür. Ztg.“ meldet aus Amsterdam: Die englische Regierung läßt die Zeichnung auf die französische Anleihe bis zu einem bestimmten Betrage, vermutlich 1200 Millionen Fr., unter der Bedingung zu, daß die gesamte Zeichnungssumme im Lande bleibt und zur Bezahlung von englischen Lieferungen an Frankreich dient.

Auch russische Handelsschiffe unter neutraler Flagge.

Ein Beschluß des russischen Ministerates gestattet russischen Handelsschiffen, unter neutraler Handelsflagge zu fahren, falls die Genehmigung des Handelsministeriums eingeholt ist, die nach Ueberkunft mit dem Marineministerium und dem Auswärtigen Amt von Fall zu Fall erteilt wird.

Eine treffende Charakteristik des deutschfeindlichen „Telegraaf“.

WTB. Haag, 1. Dez. In der Zweiten Kammer kritisierte der Führer der liberalen, liberalen Partei, Savornin Bohman, den Amsterdamer „Telegraaf“ und erklärte anlässlich eines Zwischenrufes des Ministers des Innern Cort van der Linden, daß sein Geheimabkommen mit Deutschland bestehe, wie der „Telegraaf“ behauptet habe. Da müßten die Engländer eingreifen. Die Haltung, die der „Telegraaf“ einnehme, sei seruil-heimlichlich, feige und sogar kräftlich.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

Der Budapest. „A Vilag“ meldet aus Saloniki: Der serbische Kriegsminister Bajanovic, der seit einigen Tagen hier weilte, äußerte seine Enttäuschung vor den französischen Offizieren, daß Ritzener ihm nicht Gelegenheiten gegeben habe, mit ihm zu sprechen. Der serbische Kriegsminister verurteilte mehrmals, mit Ritzener zusammenzutreffen, doch Ritzener wolle ihm immer aus. Bajanovic schloß seine Rede mit den Worten: „Aus den Trauben ist nichts mehr herauszupressen.“ Der General hat nur allzuredig! Neb.

Auch die „Tribuna“ beginnt zu verzweifeln.

WTB. Rom, 1. Dez. Die „Tribuna“ stellt fest, daß die Lage der Entente auf dem Balkan noch

verschlimmert habe. Das serbische Heer sei nach Albanien geprengt und befinde sich dort in trauriger Lage. Es sei unklar, ob sich die Alliierten in Saloniki einen uneinnehmbaren Stützpunkt schaffen könnten. Auf Rumänien könne man nicht mehr zählen. Die Lage der Entente auf dem Balkan sei wenig tröstlich und könne nur durch russische Hilfe teilweise gebessert werden.

Zum deutsch-französischen Verwundeten austausch.

WTB. Konstant, 1. Dezember. Heute abend geht der erste schweizerische Zug mit französischen Schwerverwundeten von Konstant nach Yvon ab. Am 3. Dezember tritt der erste Zug mit deutschen Schwerverwundeten Kriegsgelungen in Konstant ein. Am 4. Dezember geht der zweite schweizerische Lazarettzug mit französischen Schwerverwundeten nach Yvon.

Die notwendige Opposition in England.

WTB. London, 1. Dezember. Die „Morning Post“ beklagt in einem Leitartikel die Bildung einer Opposition und spricht den Wunsch aus, daß Sir Edward Carson deren Führung übernehme.

Die jüngste Unterredung mit dem Papst.

Gegenüber Zweifeln über die Echtheit der Wiederbegebe der jüngsten durch ein Berliner Blatt veröffentlichten Unterredung mit dem Papst wird uns von eingeweihter parlamentarischer Seite bestätigt, daß die Unterredung tatsächlich stattgefunden und im wesentlichen richtig wiedergegeben worden ist, wenn auch möglicherweise Einzelheiten von Rom aus bestritten werden sollen. Auf Grund der mitgeteilten Äußerungen beweist man in Zentrumskreisen, daß der Papst sich wiederum wegen eines Verhältnisses zwischen den Staaten wenden werde, nachdem sein vorjähriger Vorschlag von Frankreich und England abgelehnt worden ist. Der Papst werde sich voraussichtlich darauf beschränken, in einer Ansprache an das Kardinalkollegium oder in einem Rundschreiben an die Bischöfe in den kriegsführenden Staaten zum Frieden zu mahnen.

Die nationale französische Waisenkasse beschloß, die serbischen Kinder in Südrussland unterzubringen.

Denkschrift über kriegswirtschaftliche Maßnahmen.

Die neue kriegswirtschaftliche Denkschrift, über deren Inhalt heute die Budgetkommission des Reichstages zu verhandeln beginnt, gibt in ihrer Einleitung nach dem hier bereits wiedergegebenen allgemeinen Ausführungen zum Kriegswirtschaftspolitik in gedrängter und übersichtlicher Form eine Zusammenfassung der gegenwärtigen Lage auf den einzelnen Hauptgebieten der Ernährung. Hierbei gelangt die Denkschrift trotz vorsichtiger Beurteilung aller einschlägigen Verhältnisse doch nachdrücklich zu dem Ergebnis, daß unser Durchhalten in der Nahrungsmittelerzeugung unbedingt gesichert ist. Sie führt dabei aus:
Auf dem Gebiete der Getreide- und Viehfürsorge ist es durch die streng durchgeführte Zentralisation und infolge der großen Rücksagen aus dem vorigen Wirtschaftsjahr möglich gewesen, die tägliche Mischmenge um ein Viertel zu erhöhen und außerdem durch Beschaffung des unerschöpflichen Mehl aus kleineren, weniger reichhaltigen Mehl zu gewinnen. Hierdurch wurde zugleich die Klettenmenge und damit der Bestand an Futtermitteln vermehrt, der weiterhin auch noch durch die Verwendung einer bestimmten Menge von Getreide zur Herstellung von Futtermitteln zu einer hier wünschenswerten Vergrößerung erfahren hat.
Karstoffien wiesen im letzten Herbst eine besonders günstige Ernte auf, die im Ergebnis für das Deutsche Reich auf mindestens 54 Millionen Tonnen zu schätzen ist. Dem steht ein besonders starkes Bedürfnis der Landwirtschaft gegenüber, das aus dem Mangel einer Reihe anderer Futtermittel entsteht. Es sind namentlich eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, um die Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung mit einer ausreichenden Menge von Speisestoffen zu möglichen Preisen sicherzustellen.
Obst und Gemüse hatten sich im allgemeinen gleichfalls einer günstigen Ernte zu erfreuen. Die Ausgabemengen dieser Naturerzeugnisse, die unter den veränderten Lebensbedingungen der Kriegswirtschaft eine gesteigerte Bedeutung gewonnen haben, wurde aber in den letzten Monaten durch starke, innerlich nicht begründete Preisverhöhungen erschwert. Es ist deshalb auch hier die Einführung von Höchstpreisen sowohl für die Erzeuger als auch für den Kleinhandel vorgezogen.
Fuder wird auch im laufenden Jahre für seine eigentliche und natürliche Zweckbestimmung, die menschliche Ernährung, in genügender Menge zur Verfügung stehen. Insbesondere wird der Verbrauch von Marmelade, von Zuderbonbon, Sirup und sonstigen Fuderzuckerstoffen in reichlicher Menge möglich sein. Einschränkung Maßnahmen werden nur den Zweck haben, die Verwendung zu gewissen Zwecken zu Gunsten des allgemeinen Verbrauches zu beschränken. Dagegen wird der Fuder nicht mehr in demselben Umfang wie im abgelaufenen Jahre als Ersatz anderer Stoffe bei der Viehfütterung verwendet werden dürfen. Für die Viehfütterung stehen im wesentlichen nur die Roggenstroh der Lebenserzeugung zur Verfügung. Es werden indessen die Lebenserzeugnisse der Zuderindustrie, nämlich die Melasse und die Schmelze, eine sehr wertvolle Beifügung für die Durchhaltung des Viehs bilden. Der Wert der Melasse wird noch dadurch gesteigert werden, daß sie auch zur Herstellung von eiweißhaltigen Ersatzfuttermitteln dienen wird.

Die Vorbereitung der Kriegsgewinnsteuer in der Budgetkommission.

Berlin, 1. Dezember. Die Budgetkommission des Reichstages begann heute vormittag mit ihren dringlichsten den Vorarbeiten zur Vorbereitung der Kriegsgewinnsteuer geänderten Verträgen. Die Kommission setzte ihre tägliche Arbeitszeit auf die Stunden von 10—11 und 2—4 Uhr fest. Zunächst wurde die Verlage über die Kriegsgewinnsteuer der Reichsbank in Beratung gezogen. Die Verhandlungen bewegten sich fast ausschließlich um die Frage, wie hoch der Prozentsatz der Berechnung sein soll.

Ein Zentrumstheoretiker wünschte eine Änderung des Gesetzes, damit die Dividenden nicht über eine zu bestimmende Höchstgrenze hinausgehen können. Der Reichsschatzsekretär bemerkte, dass wenn die Reichsbank wieder Noten ausgeben dürfte, dies auch höhere Dividenden bedinge. Mehrgewinne in Kriegsjahren können ohne Nachteil dem Staat zur Verfügung gestellt werden. Eine Dividende von 10 1/2 Prozent ist nicht unangemessen. Ein Reichsparteileiter schloß sich dem Zentrumstheoretiker an. Gegenüber der sozialdemokratischen Bemerkung, daß eine weitere Erhöhung der Kapitaldividende nicht nötig sei, weil der Reichsschatzsekretär darauf hin, daß es sich nicht darum handle, der Reichsbank etwas zu geben, sondern daß ihr vielmehr genommen werden solle. Ein fortschrittlicher Abgeordneter sprach sich für die Reichsbank aus, daß nach der Reichsbank so viel gegeben werden sollte, daß man ihr nicht auch noch einen besonderen Kriegsgewinn zuführen dürfe. Der Reichsbankpräsident legte dar, daß man den Anteilseignern der Reichsbank ein gewisses Recht auf eine erhöhte Rente nicht absprenken könne, dies sei auch gerechtfertigt, weil man den übrigen juristischen Personen auch nur 50 Prozent der Kriegsgewinne als Höchstgrenze zugestehen würde. Man bei der Reichsbank auf 75 Prozent hinaufgehen, so würde eine Dividende von etwa 9 Proz. herauskommen.

Ein Sozialdemokrat trat für eine Änderung der Vorlage dahin ein, daß die Dividenden nicht über den Durchschnitt der drei letzten Jahre von 7,08 Proz. steigen dürfe. Ein Nationalliberaler führte aus, daß in Zukunft die Anteilhaber nicht hoch erhöhte Dividenden, sondern auf die Wertsteigerung ihrer Anteile zu erwarten haben. Der Reichsschatzsekretär wendet sich gegen die sozialdemokratische Forderung, der grundsätzliche Bedenken entgegenzuhalten, während solche gegen einen Zentrumsantrag, der eine Befreistellung der Anteilhaber von der Besteuerung nach sich zu ziehen würde. Der sozialdemokratische Redner erwiderte, daß eigentlich jede Besteuerung einen wirtschaftlichen Eingriff des Staates in das private Wirtschaftleben darstelle. Der Präsident der Reichsbank gab Auskunft über den ausständlichen Besitz an Anteilen der Reichsbank und legte sich für Annahme der Vorlage ein. Bei der Beratung des neuen Bankgesetzes sei man allgemein einig gewesen, an den Grundlagen des Instituts nicht zu rütteln und keine Grenze nach oben für die Dividenden zu ziehen.

Ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei sprach nunmehr für Erhöhung des Prozentfußes; schließlich wurde, wie bereits oben, die Vorlage angenommen, und zwar mit dem Antrag des Zentrums, daß die Dividenden der Reichsbank in den Kriegsjahren 75 Proz. dem Reiche zu überweisen. Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag, die Höchstgrenze für die Dividende auf 7,08 Proz., entsprechend dem Durchschnitt der drei letzten Friedensjahre, festzusetzen.

Die Kommission ging dann über zu der Vorlage über die Rücklagen der Kriegsgesellschaften. Ein Nationalliberaler Redner führte aus, daß man die im Kriege erzielten Gewinne einteilen müsse in solche, die während des Krieges, in andere, die durch den Krieg erzielt sind, und schließlich in die unrentellen Kriegsgewinne. Die letzten müssen durch eine besondere Gesetzgebung herangezogen und gesteuert werden. Das vorliegende Gesetz will dem Reichen nur seinen Anteil an den Gewinnen sichern. Die Feststellung der Kriegsgewinne biete außerordentliche Schwierigkeiten, und es wäre vielleicht ein anderer Weg dafür zu wählen. — Der Reichsschatzsekretär antwortete, daß die Besteuerung der einzig gangbare Weg sei, während die Unterabhebung von Gruppen technisch unmöglich sei. Was die unrentellen Gewinne anlangt, so gehören

solche Maschinenkosten vor den Straffaktoren. Einwandfreie Feststellungen der Kriegsgewinne seien gewiß schwer; deshalb die Vorsicht, daß bei den Erwerbsgesellschaften die Bilanz als Grundlage der Besteuerung zu liegen soll. Es wird vorgeschrieben, daß zur etwaigen Staatshaftung eine Gewährleistung der Steueranzahlung vorliegen müsse. Die Abschreibung von Auslandsforderungen kann unter Umständen notwendig sein. — Ein fortschrittlicher Redner meint, daß bei der Kriegsgewinnsteuer eine etwa stattfindende Doppelbesteuerung nicht so bedenklich sein würde wie sonst. Die Sicherung dafür, daß die Kriegsgewinne steuerlich erfasst werden können, sei unentbehrlich. — Der Reichsschatzsekretär antwortete, daß Doppelbesteuerung hierbei aus dem Grunde unmöglich zu vermeiden sei, weil sie bei den hohen Sätzen besonders empfindlich sei. Indessen könne doch wohl Doppelbesteuerung verträglich sein, wenn es sich um hohe Mehrgewinne handle. Bei den Aktienanlagen der Kriegsgewinn sowie nicht als Kapitalgewinn in die Erscheinung treten. Bei der Verabsichtigung des eigentlichen Kriegsgewinnsteuergesetzes werde man darauf bedacht sein müssen, Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Bei den Schatzgesellschaften liege die Gefahr der Überbesteuerung nicht vor, weil die einzelnen Gesellschaften, aus denen die sich zusammensetzen, keinen Gewinn haben werden.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter hält es nicht für erforderlich, bei diesem vorbereitenden Gehörtausch auf Einzelheiten einzugehen. Dagegen werde man bei dem Erlass der eigentlichen Kriegsgewinnsteuer legen müssen, daß die Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten vermieden werden. Ein Sozialdemokrat begrüßt die hier steilsteigende Doppelbesteuerung, weil durch die im Kriege beobachtete Erhöhung der Dividenden vieler Aktiengesellschaften eine beträchtliche Steigerung des Einkommens der Aktionäre zu verzeichnen sei. Seine Partei spreche auch vor einer

Besteuerung bis 75 Proz. nicht zurück, und als äußerste Grenze für die Besteuerung von Kriegsgewinnen erscheinen ihr 100 Proz. Es könnten ja, wenn das Reich nicht bis zu dieser Höhe gehe, die Bundesstaaten Zuschläge zu der Reichsteuer erheben. Wucher bei Kriegslieferungen werde schwerlich zu verhindern sein, da die hohen Lieferungspreise ja von den Behörden festgesetzt werden. Soweit Höchstpreise festgelegt sind, ist die Strafbarkeit bei Überlieferung ohne weiteres gegeben. Nicht nur unreiner, sondern auch reiner Kriegsgewinn müsse stark besteuert werden. Die Vorlage genügt nicht, um die Kriegsgewinne für die Besteuerung zu sichern. Die Gewinne der Einzelpersonen könnten verhehelt werden, nicht schon jetzt so wie bei den juristischen Personen festgelegt werden; darum müssen alle Kriegsgewinne im nächsten Jahre vorangetragen werden und schon in dem kommenden Etat müsse die Kriegsgewinnsteuer enthalten sein, und zwar neben der Weiterhebung des Wehrbeitrages eine eigene Kriegseinkommensteuer. Hierdurch würde die Auffstellung des Etats wesentlich erleichtert. Was draußen an den Fronten die Truppen leisten,

geschehe auch im Interesse der Vorgesetzten, und deshalb ist ihre stärkere Verzehrung berechtigt.

Der Reichsschatzsekretär erwidert darauf, die Erörterung auf die Vorlage zu beschränken, da sonst kein Ende der Beratung abzusehen sei. Bei den juristischen Personen ist Befreiung der Gewinne des Formale und darum Sicherstellung geboten. Bei den Einzelpersonen hingegen ist Befreiung das Aupostulmässig. Die Gefahr einer Verschleppung der Gewinne ins Ausland liegt kaum vor, die

Auscheidung der Sicherung auf physische Personen ist technisch auch kaum durchführbar.

Der preussische Generaldirektor legt dar, daß es technisch nicht durchführbar ist, jetzt schon die Veranlagung einer Kriegsgewinnsteuer vorzunehmen, einmal, weil die Gewinne noch nicht feststehen und weil auch eine große Anzahl von Beamten in Frage ist. — Einem Zentrumstheoretiker geht die Vorlage das Eine nicht weit genug, ein andermal wieder zu weit. Je länger der Krieg dauert, desto größer werde die

Gefahr, daß die Kriegsgewinne auswandern. Die Besteuerung der Zwischenschaltler wird viel mehr ergeben als die der Aktiengesellschaften. Wenn der Personalmangel entscheidend wäre, dann könnten wir auch im März die Einkommensteuer nicht veranlagern. Die Veranlagung der Kriegsgewinne müsse schon jetzt geschehen, und dies müsse im Gelehe bereits vorgehen werden. Der Redner schlägt vor, im § 1 zu bestimmen, daß höhere Dividenden als im Durchschnitt der letzten drei Jahre nicht gezahlt werden dürfen. Hierdurch würde, so führt er weiter aus, es den Aktiengesellschaften möglich gemacht, ihr Kapital gegebenenfalls in Kassenfonds anzulegen und dadurch für die Zukunft vorzuziehen.

In der Nachtmitagsitzung trat ein Nationalliberaler für die Einziehung solcher Kriegsgewinne ein, die durch strafbare Handlungen erworben sind. Der Schatzsekretär unterläßt die Gefahr der Verschleppung der Kriegsgewinne ins Ausland. Er begrüßt die Zulage des Schatzsekretärs, daß die Steuer nach der Größe des Gewinnes gestaffelt werden solle. Gegenüber der Doppelbesteuerung dürfe man nicht allzu ängstlich sein. Für die ordnungsmäßige Veranlagung der Abschreibungen müssen Sicherheiten geschaffen werden. Die Kriegsgewinne dürfen auch nicht durch Verwendung zu Wohltätigkeitszwecken dem Reiche entzogen werden. Der Reichsschatzsekretär erklärt sich gegen eine Staffelung auf Grund der moralischen Differenzierung.

So zum Beispiel sei die äußerste Grenze nicht festzustellen zwischen den Gewinnen solcher Agenten, die durch schwere Arbeit im Interesse des Reiches Geld verdienen haben, und anderen, die ohne jede Anstrengung und ohne der Allgemeinheit genügt zu haben, viel Geld verdienen. Gegen Mißbrauch mit den Abschreibungen gebe der Wortlaut der Vorlage genügenden Schutz. Nicht angängig sei es, die für gemeinnützige Zwecke ausgegebenen Teile vom Kriegsgewinn noch nachträglich für das Reich festzusetzen. Der Zentrumsantrag, die Zahlung höherer Dividenden zu verbieten, als die im Durchschnitt der drei letzten Friedensjahre entsprechen, sei weiter als die Vorlage und würde manche Verwirrung anrichten. Es würde sich gewiß nicht lohnen, aber das Brauchbare, das heute geschaffen worden könnte.

Ein konservativer Abgeordneter führt aus, die Vorlage sei ein Ausnahmengesetz und deshalb dürften grundsätzliche Bedenken zurückbleiben, darum könne auch den sozialdemokratischen Anregungen nicht Folge gegeben werden. Menge sich der Staat zu sehr in die Erwerbsverhältnisse ein, so höre die Neigung zu probieren auf. Die Verzehrung der physischen Jeniten sei dem Redner imwahrlich, ihre Veranlagung aber sei außerordentlich schwierig. Schon jetzt eine allgemeine Veranlagung vorzunehmen, erscheine kaum möglich. Der Redner begrüßt, daß durch dieses Sicherungsgesetz der Kriegsgewinn an erster Stelle und in der ersten Hand erfasst wird.

Produktionsgesellschaften, insbesondere Volkserwerbsgesellschaften sollten ausgenommen werden.

Er erhebt den Staatssekretär um eine Erklärung, ob man die nachträglichen Zahlungen dieser Genossenschaften an ihre Mitglieder als Gewinne oder als zurückbehaltene Mehrpreise behandeln werde. Der Schatzsekretär antwortete, daß man die einzelnen Fälle werden prüfen müßte. Darauf sprach sich ein reichsparteilicher Redner gegen die Anregung auf obere Begrenzung der Dividenden aus. Ein Nationalliberaler fragt, ob die aus dem Frieden mit in den Krieg hinübergenommenen Reserveen in die Kriegsgewinne eingerechnet werden sollen; er schlägt vor, daß die Veranlagungsbehörden angewiesen werden, auf Anfrage zu antworten, ob ihnen vorgeschlagene Abschreibungen angemessen erscheinen. Diese Bedenken des Vorredners bewichtigte der Reichsschatzsekretär an der Hand der einzelnen Bestimmungen der Vorlage. Abschreibungen sollen angemessen sein; damit lägen alle vor dem Reiche angemessenen Reserveen als „Kriegsgewinne“ aus. Die Veranlagung von Kriegsgewinnen in Kriegsanleihe und anderen Staatspapieren erklärt der Schatzsekretär für zulässig.

Ein Mitglied der wirtschaftlichen Vereinigung beantragt, nicht 50, sondern 75 Proz. der Kriegsgewinne für die spätere Besteuerung sicherzustellen. Der Schatzsekretär hält an der Vorlage fest. Ein fortschrittlicher Abgeordneter fragt an, wie und zu welchem Zweck A. B. preussische Konsols als Hinterlegung angenommen werden würden. Gegenüber einem Nationalliberalen hebt er hervor, daß das Gesetz keinerlei Sonderbestimmungen gegenüber anderen Steuergegenständen enthalte, bei denen auch unter Umständen die Steuerbehörden die Grundlagen der Bilanz nachprüfen. Eine Differenzierung nach ethnischen Grundlagen sei ihm indifferant, daß man darauf verstoßen müsse. Da einzelnen Fällen eine Doppelbesteuerung stattfinden werde, wünscht er, dem Gesetz einen hohen Härteparagrafen einzufügen. Die Veranlagung der physischen Personen und die Weiterhebung des Wehrbeitrages hält er nicht für angeeignet. — Der Reichsschatzsekretär erwidert, daß die Bestimmung des Gesetzes, wonach der Reichsanstalt Ausnahmen gestatten könne, bereits einen Härteparagrafen darstelle. Für die Hinterlegung sollen die Bestimmungen des Handelsgesetzes maßgebend sein. Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10 Uhr.

Deutsches Reich.

Gewende der Kaiserin für die Opfertage. Die Kaiserin hat dem roten Kreuz von Berlin anlässlich der Opfertage eine namhafte Spende überwiesen, mit dem Wunsch, daß den Opfertagen ein voller Erfolg be-

schieden sein möge. Der Gedanke des Opfertages hat, wie nicht anders zu erwarten war, in allen Kreisen Berlins lebhaften Widerhall gefunden. Bereits jetzt sind zahlreiche Spenden eingegangen, so leitens der freien Gewerkschaften und des Vereins der Brauereien. Die Firma Mendelssohn & Co. hat den Betrag von 10 000 Mark, das Weinhaus M. Kemplinski & Co. 1000 Mark für die Zwecke des Opfertages zur Verfügung gestellt.

Zur 2. Mill. M. Weibhauchspende der deutschen Städte.

Nach Zusammenstellung der vorliegenden Beschlüsse wurden laut „M.“ von den deutschen Stadtgemeinden bisher fast 2 Mill. M. für Weibhauchspenden an die Front bewilligt.

100 Jahre Saarbrücker Land bei Breußen.

e. M. Saarbrücken, 20. Nov. Ein einfacher und würdiger Weibe wurde heute hier das Jubiläum der 100jährigen Zugehörigkeit des Saarbrücker Landes zu Breußen begangen. An der Feier nahmen der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Rheinberg, Regierungspräsident Sr. Holz aus Trier, General v. Helow und die Epigen der Zivil- und Militärbehörden teil. Es wurde bekanntgegeben, daß vom Kriegsausbruch 500 000 M., von der Firma Kahlberg in Wittingen 100 000 M., von Freitrau v. Stums-Salberg 100 000 M. und von Kommerzienrat Böding 40 000 M. für Zwecke der Kriegsfürsorge aus Anlaß der Jubiläumfeier gestiftet worden sind. Vom Saarbrücker Kreistage und von der Saarbrücker Stadtverwaltung wurden Jubilee-Telegramme an den Kaiser abgeandt.

Gegen den Kriegsmüder.

Ein Antrag der badischen nationalliberalen Landtagsfraktion zum Kriegsmüder lautet: Die Zweite Kammer wolle die Gesetzgebung ersuchen, im Bundesrat für eine Änderung der Gesetzgebung gegen den Kriegsmüder dahin zu wirken, daß gegen die des Kriegsmüders Schuldigen neben der Verurteilung mehrerer Strafen auf Entziehung des unrechtl. erworbenen Gewinnes erkannt werden kann.

Antrag auf Erziehung von Arbeiterkammern.

Von Mitgliedern der wirtschaftlichen Vereinigung ist mit Unterstützung der weislichen und einiger politischer Abgeordneten ein Antrag eingegangen, der die Erziehung von Arbeiterkammern vorschlägt. Der Antrag hat die Form eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes. (L. T.)

Ausland.

Deutsch-österreichische Organisation des Fremdenverkehrs.

Vertreter von österreichischen Fremdenverkehrsverbänden und gleichartigen reichsdeutschen Körperschaften werden in den nächsten Tagen in Berlin und Leipzig Beratungen zum Zweck gemeinsamer Organisation künftiger Fremdenverkehrsbestrebungen in Deutschland und Oesterreich pflegen.

Ein- und Auswanderung in den Vereinigten Staaten.

T. U. Newyork, 29. November. Die Ziffern der transatlantischen Dampfer-Gesellschaften über die Passagierbewegung nach beiden Richtungen in den ersten neun Monaten dieses Jahres ergibt die Tatsache, daß sie die geringste seit vielen Jahren war, und die letzten drei Monate des Jahres werden nicht viel besser werden. Eine Statistik ergibt, daß die Zahl der in den ersten neun Monaten des Jahres herein- und ausgegangenen Passagiere von 850 271 auf 156 596, die der hinar- und abgelaufenen von 573 547 auf 227 037 gesunken ist. Die Auswanderung im Vergleich übertraf die Einwanderung um 57 037, und die Gesamtauswanderungszahlen (227 037) übertrafen die Einwanderungszahlen (166 596) um 70 441.

Die belauete Londoner Polizei.

e. B. Rotterdam, 29. Nov. In welcher Polizeizeitung London aus Angst vor den Zeppelein geblüht ist, geht aus der Madrid hervor, daß nunmehr die Köpfe der englischen Hauptstädte eine Gefahr auf dem Rücken tragen, und nicht überfahren zu werden.

Letzte Depeschen.

Die Engländer in Mesopotamien um 110 Kilometer zurückgedrängt.

WTB. Konstantinopel, 2. Dez. Die Ursache des großen Erfolges über die Engländer am Tigris liegt in der Teilnahme der arabischen Stämme am Kampf, deren die Engländer bestimmt nicht zu sein glaubten. Einer der stärksten und angeseheneren Stämme habe sich auf die Seite der Türken geschlagen. Die zu den Tüllen übergetretenen Stämme haben auch jetzt die Verfolgung der Engländer aufgenommen. Bisher sind die Engländer um 110 Kilometer zurückgedrängt.

Die Ausfuhrperre gegen Griechenland aufgehoben.

WTB. London, 2. Dez. Die Eisenpolizei Redner erhielten den antiken Befehl, daß die vor 14 Tagen verhängte Ausfuhrperre nach Griechenland aufgehoben sei.

Strafe für Wucher.

WTB. Wien (Holl.), 2. Dezember. Von der zweiten Strafkammer des kaiserlichen Landgerichts ist der Wucherer Heinrich Züblin aus Mühlviertel (Boh.) wegen Überforderungen beim Verkauf von Getreide und wegen Vermählung auf 600 Mark Bußgeld zu 6000 Mark Geldstrafe über 600 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte Freiheitsstrafe beantragt.

Berlin, 2. Dezember. In der heutigen Vormittagsberatung des preussischen Abgeordnetentages wurden folgende Gewinne angegeben: 18 000 M., auf Nr. 220 620; 10 000 M., auf Nr. 12 885; 25 190; 31 855; 39 534; 39 705; 42 001; 43 225; 50 902; 52 661; 57 268; 61 136; 70 391; 75 557; 76 007; 77 476; 90 642; 91 192; 91 287; 107 609; 128 595; 129 848; 132 555; 130 366; 136 264; 150 110; 153 137; 153 102; 158 549; 187 225; 189 679; 190 334; 195 060; 201 268; 209 848.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dard; für den örtlichen Teil: für Provinzialanwärter: Gerdt, Habel, Eugen Brinnmann; für Unterhaltungsbeitrag und Leser-Anwärter: Hans Katorf; für den Anzeigen-Teil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Habel, sämtlich in Halle a. S.

